



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

19. Jg. Nr. 1
28. März 2013

Editorial

Eine (Welt-)Kirche, die dient

Vieles ist geschehen seit der letzten Ausgabe der Salzkörner. Der Rücktritt von Papst Benedikt XVI. hat alle Menschen innerhalb und außerhalb der Kirche überrascht. Das ZdK hat dem Papst aus Deutschland für seinen Dienst in Kirche und Welt gedankt und ihm Respekt und Wertschätzung ausgesprochen. Mit der – so kann man sagen – sensationellen Wahl von Papst Franziskus geht die Kirche nun in eine neue Phase ihrer Geschichte.

Für den Argentinier Jorge Mario Bergoglio ist der Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit ein zentrales Thema in seinem Leben als Priester und Bischof. Er wird dies, so ist zu hoffen, auch im höchsten Amt der katholischen Kirche zur Geltung bringen. Er wird damit das bestehende Engagement an der Seite der Armen unterstützen, vertiefen und stärker in den Fokus rücken. Das wird auch das Engagement der weltkirchlichen Werke in Deutschland bekräftigen, in ihrer Hilfe für die Armen wie im Kampf gegen strukturelle Probleme, die zu Hunger, Armut und sozialer Ungerechtigkeit führen.

Der Beginn des neuen Pontifikates ist eine große Ermutigung für alle, die sich für eine dienende Kirche einsetzen. Eine solche Kirche wird vor allem aus dem Zeugnis engagierter Christinnen und Christen leben. Unser Auftrag ist, das christliche Menschenbild zu zeigen und zu fördern. Dieses Bild von der Würde des Menschen ist unser Maßstab. Wörtlich sagten wir im Mannheimer Aufruf vor einem Jahr beim Katholikentag: "Als Christinnen und Christen ist unser Platz an der Seite der Opfer und der Armen. Unsere Solidarität gilt den Benachteiligten in unserem eigenen Land ebenso wie den Menschen in anderen Teilen der Welt."

Wir sollten dies als Versprechen verstehen, an dem Papst Franziskus die Katholiken in Deutschland messen kann.

Stefan Vesper

Inhalt

Die Zielsetzung stimmt. Aber wird die Zielgruppe auch erreicht? _____ 2
Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt
[Christoph Braß](#)

Vor der Armut fliehen – in Europa ____ 4
Eine Herausforderung auch für die
Zivilgesellschaft
[Barbara Krause](#)

Ethisches Investment gewinnt an Relevanz _____ 6
Kirche auf der Suche nach dem
richtigen Weg
[Brigitta Herrmann](#)

Mit Christus Brücken bauen – Lebenswegen Raum geben _____ 8
Gedanken zum Leitwort des Regensburger
Katholikentags
[Hans-Joachim Sander](#)

Zwischen Rückzug und Öffnung ____ 10
Die Kirche in Frankreich auf der Suche
nach ihrer Identität
[Jérôme Vignon](#)

Magdeburg und Paderborn – Eine besondere Ost-West-Beziehung ____ 12
[Dagobert Glanz](#), [Hans-Georg Hunstig](#)

2 Lebensschutz Anonyme Geburt

Die Zielsetzung stimmt. Aber wird die Zielgruppe auch erreicht?

Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt

Am 13. März hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt verabschiedet. Bezüglich der Anonymitätszusage greift der Entwurf zu kurz.

Jährlich werden in Deutschland zwischen 20 und 35 Fälle bekannt, in denen Neugeborene von ihren Müttern ausgesetzt oder getötet werden. Wie hoch darüber hinaus die Dunkelziffer ist, weiß niemand. Als Konsequenz aus solchen tragischen Ereignissen und um Frauen in psychosozialen Extremsituationen einen Ausweg zu bieten, haben verschiedene Träger und Einrichtungen – darunter auch viele kirchliche und der Kirche nahestehende – seit Ende der 1990er Jahre Angebote der anonymen Kindsabgabe entwickelt.

Babyklappe und anonyme Geburt

Hinter diesem Oberbegriff verbergen sich zwei verschiedene Grundmodelle: Die sogenannte "Babyklappe" bietet Frauen die Möglichkeit, ein bereits geborenes Kind unerkannt abzugeben. Bei der anonymen Geburt sucht die Schwangere zur Entbindung ein Krankenhaus auf, das auf die Erfassung ihrer Personendaten verzichtet. Anders als bei der Babyklappe ist bei der anonymen Geburt die medizinische Betreuung von Mutter und Kind gewährleistet. Außerdem hat die Frau während des Klinikaufenthalts die Gelegenheit, in einem geschützten Raum ihre Situation zu überdenken und sich beraten zu lassen. Die Erfahrung verschiedener Träger zeigt, dass viele Angebote einer anonymen Geburt damit enden, dass die Frauen ihre Anonymität aufgeben oder sich sogar für ein gemeinsames Leben mit dem Kind entscheiden. Solange die anonyme Geburt allerdings anonym ist, bewegen sich Klinikträger, Ärzte und Pflegepersonal in einer rechtlichen Grauzone.

Kritik an gegenwärtiger Situation

Insgesamt wurden in Deutschland zwischen 1999 und 2010 knapp 1.000 Kinder anonym zur Welt gebracht oder nach der Geburt anonym abgegeben. Die entsprechenden Angebote waren von Anfang an umstritten. Kritiker weisen darauf hin, dass die Zahl der Aussetzungen und Kindstötungen in diesem Zeitraum nicht abgenommen habe, was aber mit Blick auf die insgesamt sehr geringe Fallzahl und die vermutlich hohe Dunkelziffer kein wirklich valides Argument ist. Schwerwiegender ist der Hinweis auf Missbrauchsgefahren bei der Babyklappe: Ist es wirklich eine verzweifelte Mutter, die das Kind ablegt – oder vielleicht eine andere Person? Ins Feld geführt wird außerdem auch das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Herkunft, das durch Angebote der anonymen Kindsabgabe verletzt wird. Vor allem aus diesem Grund sind in den vergangenen Jahren alle Versuche gescheitert, diesen Angeboten einen geordneten Rechtsrahmen zu geben.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt, den das Kabinett am 13. März verabschiedet hat, unternimmt die Bundesregierung nun den Versuch, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und die Problematik der anonymen Kindsabgabe zu lösen. Ziel des Gesetzes ist es, die Aussetzung oder gar Tötung von Neugeborenen zu verhindern und Frauen, die sich in einer psychosozialen Notlage befinden und ihre Schwangerschaft bis kurz vor der Geburt verdrängt haben, eine legale Alternative zu einer heimlichen Entbindung mit all ihren Risiken für Mutter und Kind zu bieten. Zudem soll das Gesetz gewährleisten, dass das Kind später erfahren kann, wer seine Mutter ist.

Alternative: Vertrauliche Geburt

Hierzu entwickelt das Gesetz das Instrument der sogenannten vertraulichen Geburt: Eine Schwangere, die dies wünscht, soll nach entsprechender Beratung die Möglichkeit erhalten, unter Pseudonym zu entbinden. Allerdings wird bei diesem Verfahren – und hier liegt der eigentliche Unterschied zur bisherigen Praxis der anonymen Geburt – die tatsächliche Identität der Mutter erfasst. Ihre Personaldaten werden in einem verschlossenen Umschlag beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben verwahrt. Ab dem 16. Lebensjahr hat das Kind dann das

Lebensschutz

Anonyme Geburt

Recht auf Einsichtnahme in diesen Herkunftsnachweis. Die Mutter kann dieser Weitergabe ihrer Daten an das Kind widersprechen. Besteht das Kind weiter auf Bekanntgabe der Daten der Mutter, muss das Familiengericht entscheiden.

Schutz der Anonymität unzureichend

Der Zielsetzung dieses Gesetzes kann man nur zustimmen. Es ist gut, dass die Politik sich endlich an die heikle Problematik der anonymen Kindsabgabe heranwagt und dieses Feld nicht allein dem guten Willen bürgerschaftlicher Akteure überlässt. Trotzdem bleibt die Frage, ob dieses Gesetz wirklich eine praktikable Antwort auf die Lebenswirklichkeit von schwangeren Frauen in einer psychosozialen Extremsituation bietet. Zweifel sind da durchaus angebracht. Denn das vorgesehene Verfahren ist reichlich kompliziert, und die Vielzahl der beteiligten Akteure verlangt von der betroffenen Frau ein hohes Maß an Vertrauen in deren Vertraulichkeit. Die eigentliche Achillesferse und die größte Hürde für die Akzeptanz des Gesetzes besteht aber darin, dass die Mutter ihre Identität offenbaren muss. Aus Berichten von Beraterinnen, die an anonymen Geburten mitwirken, ist bekannt, dass viele der betroffenen Frauen eine existentielle Angst vor dem Bekanntwerden ihrer Schwangerschaft haben. Natürlich muss Beratung das Ziel haben, ihnen diese Furcht zu nehmen. Aber das wird auch in Zukunft nicht in jedem Fall gelingen: Weil die Angst zu tief sitzt. Weil die Zeit drängt. Oder weil die Angst wohlbegründet ist. Und in diesen konkreten Einzelfällen hilft dann auch kein verschlossener Umschlag, keine gesetzlich garantierte Vertraulichkeit und schon gar nicht die Aussicht auf einen Rechtsstreit vor dem Familiengericht in 16 Jahren.

Somit steht zu befürchten, dass das neue Angebot einer vertraulichen Geburt gerade die Frauen, die am meisten auf Hilfe angewiesen sind, nicht erreichen wird. Im günstigsten Fall werden diese Frauen vielleicht trotzdem ein Krankenhaus aufsuchen, ihr Kind dort entbinden und die Nennung ihrer Personalien schlicht verweigern. Das wäre dann aber keine vertrauliche Geburt im Sinne des Gesetzes, sondern eine anonyme, wie wir sie schon lange kennen. Und an deren unbefriedigenden rechtlichen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten hätte auch das neue Gesetz leider nichts geändert. Oder die Frau bringt ihr Kind heimlich und ohne medizinische Hilfe zur Welt und legt es

in einer Babyklappe ab. Oder – aber darüber möchte man nicht nachdenken.

Recht auf Leben wichtiger als Wissen um Abstammung

Kurzum: Das Gesetz verfolgt die richtigen Ziele, aber womöglich wird es seine eigentliche Zielgruppe verfehlen. Für diese Gruppe – und wenn sie noch so klein ist – werden wir auch in Zukunft "Ultima-ratio-Angebote" brauchen, die den Müttern dauerhaft wirkliche Anonymität ermöglichen. Nicht, weil das wünschenswert wäre. Sondern schlicht deshalb, weil ein solches Angebot ohne Vorbehalt die einzige Chance sein dürfte, Frauen in existenziellen Krisensituationen überhaupt zu erreichen. Das scheint im Übrigen auch den Verfassern des Gesetzentwurfs durchaus bewusst zu sein, denn dieser verbietet die bisherige Praxis von Babyklappe und anonymer Geburt keineswegs, sondern kündigt lediglich eine Evaluierung des Gesamtkomplexes drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes an. Ja, es stimmt: Die Kenntnis der eigenen Abstammung ist ein hohes Gut. Nicht zu wissen, wer man ist, woher man kommt und aus welchen Gründen man von der eigenen Mutter verlassen wurde – das kann eine furchtbare Belastung darstellen. Der vorliegende Gesetzentwurf hat den Fokus der Betrachtung sehr weit auf diese Seite der Problematik gerichtet – und nimmt in Kauf, dass er dadurch sein eigentliches Ziel verfehlt. Die Frage ist, ob diese Prioritätensetzung richtig und alternativlos ist und ob nicht der Schutz von Leben und Gesundheit des Kindes wie auch der Mutter im Konfliktfall höher zu gewichten ist als das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung. Denn um dieses Recht in Anspruch nehmen zu können, muss man erst einmal leben können. Und dazu muss die Mutter erreicht werden.

Die Beratung und Verabschiedung des Gesetzes in Bundestag und Bundesrat stehen noch aus. Das ist eine gute Gelegenheit, um kritisch zu prüfen, ob der Entwurf wirklich alle Möglichkeiten für eine dauerhafte Anonymitätszusage ausgeschöpft hat. Und wenn das tatsächlich so wäre, sollte der Gesetzgeber wenigstens für mehr Rechtssicherheit bei der anonymen Geburt sorgen. Wir werden solche Angebote wohl auch in Zukunft brauchen. Leider.

Vor der Armut fliehen – in Europa

Eine Herausforderung auch für die Zivilgesellschaft

Dass Menschen fliehen, um extremer Armut zu entkommen, verbinden wir mit Bildern vom Horn von Afrika oder der Sahel-Zone. Aber europäische Armutsflüchtlinge bei uns? In einigen Großstädten wird zunehmend beobachtet, dass insbesondere aus den neuesten EU-Mitgliedsländern, Bulgarien und Rumänien, neben der – in der EU üblichen – Arbeitnehmer- und Studierendenmigration, der Zuzug armer Bevölkerungsgruppen, meistens Romafamilien, stark angestiegen ist.

Woran liegt das? Im Caritas-Magazin "Sozialcourage" wird berichtet, wie sich einige Mitarbeiter/-innen der Caritas, des Männerfürsorgevereins und der Malteser-Migranten-Medizin aus München im September 2012 auf den Weg nach Bulgarien gemacht haben. Sie wollten besser verstehen, warum die Menschen, die sie in München auf der Tagelöhnermeile, bettelnd oder in der Obdachlosenszene kennen gelernt hatten, ihre Heimat verließen. Besucht wurden die Städte, aus denen die meisten der nach München gekommenen Roma stammten. Die Kundschafter erlebten dort eine Arbeitslosenquote von 90 %, nachdem die Textil- und Schuhindustrien im letzten Jahrzehnt nach China weitergezogen und für einfache Arbeiter damit keine Verwendung mehr war. Sie erlebten Wohnsituationen, wo das Wasser rationiert war, die Kanalisation nicht funktionierte, kein Strom zur Verfügung stand. Die Perspektive vieler Menschen: "Im Winter erfrieren wir hier sicher, also werden wir versuchen, in München zu überleben."

(Über-)Leben in katastrophalen Verhältnissen

Im Unterschied zu Flüchtlingen aus den Roma-Minderheiten in Serbien oder Mazedonien, die in Westeuropa eine Lebensperspektive suchen, aber ganz oft wieder in die Herkunftsgebiete abgeschoben werden (einige Bundesländer haben dies angesichts der Elendssituation dort zumindest für die Wintermonate ausgesetzt), gilt für Bürger von EU-Ländern die Reisefreiheit. Das gilt natürlich auch für Roma als Angehörige der mit etwa 11 Millionen Menschen größten, transnationalen europäischen Minderheit.

Da erst im Jahr 2014 für Menschen aus Bulgarien und Rumänien die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU eintritt, müssen diese heutigen Zuwanderer entweder von einem selbständigen Gewerbe oder aber mit Schwarzarbeit überleben – beides geht oft ineinander über. Die Wohnverhältnisse sind vielerorts katastrophal: mit mehrfach überbelegten Wohnblocks und Wuchermieten in die Taschen dubioser Hausbesitzer. Mangels Krankenversicherungen ist die Gesundheitsversorgung oft ungelöst und aufgrund fehlender Deutschkenntnisse die Verständigung – auch, was z. B. die hiesigen Selbstverständlichkeiten von Schulbesuch bis Müllabfuhr angeht – kompliziert. Schlepper, "Stellenvermittler" – mit falschen Versprechungen – und "Dolmetscher" – die sich das Ausfüllen von Formularen gut bezahlen lassen – profitieren kräftig von der Situation.

Der Deutsche Städtetag hat im Januar dieses Jahres eine Stellungnahme veröffentlicht, in der er eine Überforderung der Kommunen beklagt und Unterstützung durch Länder und Bund einfordert, um zumindest den Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen, tragbare Wohnverhältnisse und eine Basis-Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Handlungsfelder

Wo könnten Handlungsmöglichkeiten für uns in unseren zivilgesellschaftlichen Bezügen bestehen? Antiziganismus, also Vorurteile und Ablehnung gegenüber Sinti und Roma, sind in den europäischen Gesellschaften noch deutlich feststellbar. In Deutschland haben wir mit dem Antiziganismus besonders schreckliche Erfahrungen und sollten eigentlich ein Gespür dafür entwickelt haben, wenn trotz aller Erfahrungen eines selbstverständlichen gemeinsamen Lebens sich alte Vorurteile wieder bemerkbar machen. Dass Roma insbesondere in Südosteuropa oft gleichzeitig aus den Mehrheitsgesellschaften heraus abgelehnt werden und sich selbst abschottend nach vor-modernen Mustern leben, verschärft die soziale Problematik. Um diese Marginalisierung aufzubrechen, braucht es also nicht nur wirtschaftlich-soziale, sondern auch interkulturelle Anstrengungen. Die Fähigkeit und Bereitschaft, kulturelle Unterschiedlichkeit wahrzunehmen, auszuhalten und vermittelnd damit umzugehen, ist daher besonders notwendig.

Europa Flucht

Natürlich gilt es immer an erster Stelle, Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Münchener Kundschafter haben auch eine Stadt kennen gelernt, wo ein junger Bürgermeister, selbst ein Rom, Investoren fand und so für neue Arbeitsplätze, Bildungsmöglichkeiten und damit Perspektiven vor Ort sorgte.

Der Diskriminierung der Roma entgegenzuwirken, ist im Europäischen Parlament ein Thema, es gibt auch einsetzbare Fördermittel – aber vielleicht denken wir in Europa zu wenig daran, die Erfahrungen aus der weltweiten Entwicklungsarbeit auch in unserem Kontinent anzuwenden und nicht Entwicklung für andere zu konzipieren, sondern Bedingungen zu fördern, in denen Menschen ihre eigene Entwicklung vorantreiben können. Dafür sind staatliche Strukturen oft nicht die geeignetsten Akteure. Gibt es zivilgesellschaftliche Ansätze vor Ort, die hier weiterhelfen? Gibt es gute Beispiele, von denen etwas gelernt werden kann? Was für eine Rolle übernehmen die christlichen Kirchen, gibt es hier einen Austausch? Auf alle Fälle ist es notwendig, die öffentliche Aufmerksamkeit für Probleme und Lösungsmöglichkeiten in den Herkunftsgeländen der Roma auch in den Gesellschaften Westeuropas wachzuhalten.

In einigen Städten bei uns gibt es Runde Tische, wo verschiedene Akteure versuchen, ihre jeweiligen Möglichkeiten im Interesse der neuen und alten Einwohner zusammenzuführen. Es geht ja darum, Zuwanderern dabei zu helfen, sich in einer neuen Umwelt zurechtzufinden, deren Codes, übliche Verhaltensweisen und Kommunikationssignale, aber auch deren rechtliche Regeln, Institutionen, Umgang mit staatlichen Behörden zuerst einmal unbekannt sind. Viele der alltäglichen Selbstverständlichkeiten unterscheiden sich – ein bezeichnendes kleines Beispiel war, als Altansässige sich deutlich missbilligend beschwerten, dass die Kinder ihrer neuen Nachbarn noch im Dunkeln draußen spielten – anderswo ist das selbstverständliche Normalität, hier schien es ein Grund, nach dem Jugendamt zu rufen. Je mehr Kontakte Neuzuwanderer und Einheimische untereinander haben, desto leichter kann mit kulturellen Unterschieden umgegangen und Reibungsfläche vermindert werden.

Kontaktaufnahme und Kommunikation

Dabei sind Gemeinsamkeiten äußerst hilfreich. Vielleicht gibt es in unserem Umfeld längst etablierte Sinti- oder Roma-Familien, die Verbindungen aufzubauen helfen können? Welcher Konfession gehören die Zuwanderer an; können wir sie zum Gottesdienst, vielleicht zu einem Gemeinde-Café einladen? Was können uns Mitarbeiter/-innen der Caritas, die schon lange mit hiesigen, nicht fest ansässigen Roma in Kontakt sind, raten? Lässt sich Kontakt über die Kinder finden; gibt es in Schulen oder Kindertagesstätten dazu Ansprechpartner? Auf alle Fälle brauchen wir interessierte Menschen, die Fremden nicht von vornherein mit Angst begegnen, es braucht Ansprecher/-innen und Hingehrer/-innen, die Kontakte herstellen und "Selbstverständlichkeiten" erläutern.

Einen guten Anfang kann man in Berlin-Neukölln beobachten: Dort sorgte vor knapp zwei Jahren ein Häuserblock für Schlagzeilen, wo all die vom Städtetag angesprochenen Probleme vorkamen: verwahrloste Miethäuser, Müllberge und Ratten, illegaler Handel mit Untervermietungen, Überbelegung. Die meisten der Bewohner waren Roma aus Osteuropa, darunter viele Kinder. Vor gut einem Jahr konnte die katholische Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft die Gebäude kaufen, sanierte sie und sorgte für Kinderbetreuung, Deutschstunden und kulturelle Angebote. Der Caritasverband richtete eine Beratungsstelle ein, die für die Bewohner ebenso wie für die Nachbarschaft offensteht. Die früheren Probleme mit Müll und Ratten kann man sich nicht mehr vorstellen, heute sorgen die Bewohner für Sauberkeit in ihrem Hof. Damit sind die Bedenken und Ängste gegenüber dieser geballten Gruppe von Neuzuwanderern in der Nachbarschaft nicht einfach verschwunden, aber es gibt erste Brücken, Kommunikationskanäle, Informationen und Kontakte. Daran kann angeknüpft werden.

| Prof. Dr. phil. Barbara Krause |
emeritierte Politikwissenschaftlerin der
Katholischen Hochschule NRW, Aachen,
Mitglied des ZdK

Ethisches Investment gewinnt an Relevanz

Kirche auf der Suche nach dem richtigen Weg

Ethisches Investment heißt, kein Geld durch die Schädigung anderer oder durch sündhafte Aktivitäten zu verdienen. Das gilt gerade auch für die Kirchen als bedeutende Investoren.

Die Bedeutung des ethischen Investments hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Besonders auffallend ist das Wachstum ethischer und nachhaltiger Geldanlagen seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008. Laut dem Bericht der Global Sustainable Investment Alliance (Zusammenschluss von Foren für Nachhaltige Geldanlage der EU, der USA, Asiens, Australiens, Kanadas sowie als Beobachter Afrika, mit Ausnahme Lateinamerikas) waren im Jahr 2012 weltweit 13,6 Billionen US-Dollar nach ethischen oder nachhaltigen Kriterien angelegt, 65 % davon in Europa. Die Untersuchungen beziehen sich allerdings auf Selbstaussagen von Fondmanagern und Finanzinstituten und es gibt eine große Bandbreite dessen, was als "ethisch" bezeichnet wird.

Gemäß diesem ersten globalen Bericht werden Geldanlagen erfasst, die nach ökologischen, sozialen oder Governancekriterien ausgewählt werden. Unter Governancekriterien versteht man positiv gesehene Unternehmen, die sich durch eine gute Unternehmensführung auszeichnen, oder negativ den Ausschluss von Unternehmen, die sich etwa korrupt verhalten. In Deutschland haben sich zum Beispiel die Investments, die Streumunition ausschließen, von 2009 bis 2011 fast ver Hundertfacht, da einige große Kapitalanlagegesellschaften dieses Kriterium nun auf alle von ihnen angebotenen Fonds anwenden. Somit werden auch alle ihre Fonds dem ethischen Investment zugeordnet. Es ist daher bei den hohen Zahlen für ethische Investments zu berücksichtigen, dass die Kriterien nicht einheitlich sind, nicht immer extern überprüft werden und manchmal nur ein Kriterium angewandt wird. Dennoch ist das Anlagevolumen, bei dem auf die eine oder andere Weise ethische Maßstäbe berücksichtigt werden, sehr beachtlich. In Deutschland lag es Ende 2011 unter Einschluss aller Fonds bei 662,4 Milliarden Euro. Ohne die Fonds, die nur das Kriterium des Verbots der Herstellung

von Streumunition beinhalten, lag das Anlagevolumen jedoch nur bei 63 Milliarden Euro und erreichte damit einen Anteil von 1,2 % aller Geldanlagen.

Umsetzung in katholischen Einrichtungen

Auch bei katholischen Kirchenbanken, in Diözesen, Pfarrgemeinden, bei Organisationen, Verbänden und Orden wächst die Bedeutung des ethischen Investments. Viele Orden legen schon seit mehreren Jahrzehnten ethische Kriterien an, um ihre Anlageentscheidungen zu treffen. Bei anderen entwickelten sich dieses Bewusstsein und eine entsprechende Umsetzung in die Praxis erst in den letzten Jahren. Die Finanzkrise haben viele Anleger zum Anlass genommen, um über ihr Anlageverhalten nachzudenken. Zumal die Erfahrung derer, die schon länger ethische Kriterien anwenden, belegt, dass die Rendite langfristig in der Regel etwa gleich hoch ist wie bei anderen Anlagen; Krisen aber übersteht man mit ethischen Investments sogar besser.

Hinzu kommt dabei auch ein gutes Gewissen – das wurde beim Fachgespräch zum Thema "Ethisches Investment in der katholischen Kirche" deutlich, zu dem das ZdK im Januar 2013 nach Köln eingeladen hatte.

Bereits 2003 hatte das ZdK die Erklärung "Internationale Finanzmärkte – Gerechtigkeit braucht Regeln" herausgegeben und 2007 – noch vor der Finanzkrise – eine Handreichung zum Thema "Ethisches Investment für private und kirchliche Anleger" veröffentlicht. In dieser Handreichung wird empfohlen, Anlageentscheidungen an den christlichen Werten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auszurichten. Diesen Werten werden weitergehende Kriterien zugeordnet.

Bei dem Fachgespräch im Januar 2013 tauschten sich die Verantwortlichen nun über den aktuellen Stand der Umsetzung des ethischen Investments in der katholischen Kirche und weitere Perspektiven aus. Die Expertise der evangelischen Schwesterkirchen wurde ebenfalls einbezogen.

Es wurde klar, dass viele Institutionen bereits auf einem guten Weg sind. Bei katholischen Einrichtungen gehören, wie im Bericht der Global Sustainable Investment Alliance beschrieben, die folgenden Elemente zum ethischen Anlagenmanagement dazu:

Kirche Geldanlage

- Positivkriterien: Es werden Listen von Kriterien aufgestellt, die erfüllt werden müssen, damit eine Geldanlage überhaupt in Frage kommt, wie z. B. Beachtung der Menschenrechte
- Negativkriterien als Ausschlusskriterien, wie z. B. Rüstungsproduktion, Pornographie
- Best in Class Ansätze: es werden jeweils die Besten einer Branche ausgewählt
- Themeninvestments, z. B. Anlagen in erneuerbare Energien
- Anlagestrategien, die ökologische, soziale und Governancekriterien integrieren
- Stimmrechtsausübung und aktives Engagement z. B. der Dialog mit Unternehmen
- Soziales Investment, d. h. Investitionen, die ein soziales Problem lösen und
- Mikrofinanz, z. B. eine Geldanlage bei Oikocredit.

Auch in der katholischen Kirche gibt es eine Bandbreite von Kriterien und Unterschiede in der Umsetzung. Bei Positiv- und Negativkriterien kommt die Frage hinzu, ob die Kriterien zu 100 % erfüllt sein müssen oder ob es ausreicht, wenn die Kriterien zu 90 bzw. 95 % erfüllt sind. Diese Einschränkungen nehmen einige Organisationen vor, weil viele Unternehmen heute eine Vielfalt an Produkten herstellen oder vertreiben und sich die Produktpalette durch Kauf- und Verkaufsentscheidungen oftmals verändert.

Einige katholische Organisationen und Orden nutzen auch die Möglichkeit, ihr Stimmrecht auszuüben oder als aktive Aktionäre auf die Unternehmensvorstände zuzugehen und aus christlicher Perspektive Wünsche an das Verhalten der Unternehmen zu richten. Manchmal sind in diesem Bereich vertrauliche Gespräche erfolgversprechender als öffentliche Kritik oder Druck.

Wichtig ist für kirchliche Organisationen vor allem die Glaubwürdigkeit. Die Kirche als Anlegerin von Geld und Pensionsrücklagen muss ihre eigenen Werte beachten und darf nicht in Widerspruch zu kirchlichen Äußerungen geraten. Es sollte also kein Geld durch die Schädigung anderer oder durch sündhafte Aktivitäten verdient werden. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass es vielfältige wirtschaftliche Beziehungen der Akteure gibt und somit Banken und Staaten sowohl gute als auch ethisch fragwürdige Aktivitäten fördern können. Daher sind auch

Staatsanleihen grundsätzlich ethisch zu hinterfragen.

Perspektiven

Das Fachgespräch im Januar 2013 hat gezeigt, dass viele einzelne Akteure bereits gute Ansätze für eine Anlagestrategie nach ethischen Kriterien entwickelt haben. Es scheint jedoch an einer gemeinsamen Plattform und Vernetzungsstruktur für die verantwortlichen Akteure zu fehlen, die die ethische Anlagepraxis in der katholischen Kirche voranbringen könnten. Die teilnehmenden Finanzverantwortlichen aus Diözesen, Organisationen, Verbänden, Orden, Kirchenbanken und Pensionskassen äußerten großes Interesse, sich auf Basis der gemeinsamen christlichen Werte auszutauschen und beispielsweise einen gemeinsamen freiwilligen Leitfaden oder gemeinsame Ziele für differenzierte Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Es gab auch erste Überlegungen, inwieweit beispielsweise mehrere Diözesen, Orden und andere Organisationen gemeinsam in den Dialog mit Unternehmen treten können, um das Gewicht der gemeinsamen Argumente und Anliegen zu erhöhen und Veränderungen in der Unternehmenspolitik zu bewirken. Jetzt kommt es darauf an, das eigene Engagement fortzusetzen, die Ideen zu gemeinsamen Initiativen aufzugreifen und in die Praxis umzusetzen.

"Das könnte auch wieder zu einem positiveren Image der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit führen", fasste Peter Weiß, Sprecher des Sachbereichs für Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit im ZdK, die Hoffnungen vieler zusammen.

Brigitta Herrmann

Professorin für Globalisierung, Entwicklungspolitik und Ethik an der Cologne Business School und Mitglied des ZdK

Die Erklärung des ZdK "Internationale Finanzmärkte – Gerechtigkeit braucht Regeln" finden Sie unter <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/8/>

Die ZdK-Handreichung finden Sie unter: <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Ethisches-Investment-Mit-Geldanlagen-Verantwortung-wahrnehmen-162T/>

Mit Christus Brücken bauen – Lebenswegen Raum geben

Gedanken zum Leitwort des Regensburger Katholikentags

"Mit Christus Brücken bauen" lautet das Leitwort des 99. Deutschen Katholikentags, der vom 28. Mai bis 1. Juni 2014 in Regensburg stattfinden wird.

Der kommende Katholikentag in Regensburg soll Brücken bauen mit Christus. Er nimmt damit eine räumliche Beziehung zu Gott ein und begreift die Verkündigung, die auf ihm ad intra und ad extra stattfinden soll, von einer spezifischen Art her, Raum zu gestalten. In gewisser Weise reiht er sich damit in den spatial turn ein. Das steht für drei diskursive Veränderungen: Es gibt eine Wechselwirkung von Raum und Zeit, mit der man Geschichte an Kristallisationskernen von Orten festmachen kann; man denke nur an den Fall der Berliner Mauer. Räume sind zweitens nicht einfach Container für menschliches Verhalten, sondern selbst soziale Produktionsfaktoren; man denke nur an die Reaktoren von Fukushima. Und drittens meint spatial turn die Aufmerksamkeit auf die dynamische Verstärkung des Planeten durch die Globalisierung; seit 2008 leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land, für 2030 geht die UNO von zwei Drittel der Menschheit aus.

Brücken in urbanen Raum

Wenn der Regensburger Katholikentag einer Art spatial turn folgt, dann hat das bestimmte Konsequenzen, die sich an dem Bild vom Brückenbau fassen lassen: Er benötigt Brücken in urbanen Räumen, die der Kirche zumuten, sich mit ihren eigenen Orten produktiv in der Gesellschaft auszuwirken, weil sie Wege in den großen Veränderungen des Lebens anbieten. Das ist für die Kirche alles andere als selbstverständlich, wie sich an traditionellen wie aktuellen Brückenproblemen zeigt. Ein Papst ist ja von Amts wegen Brückenbauer, der als pontifex maximus der vera religio die Wege ebnet. Benedikt XVI. nutzte das vor allem gegenüber den Piusbrüdern. Seine Bemühungen erinnern an die Rhone-Brücke in der alten Papststadt Avignon. Sie hört mitten im Fluss auf, weil die Piusbrüder lediglich einem anderen Gallikanismus huldigen. Sie wollen damit privilegiert werden, dass kein Konzil als katholisch gilt, wenn sie nicht zustimmen. Wie sehr mutwillig an Brücken angebrachte Sprengladungen die Kirche unter Druck setzen können, zeigten kürzlich die Denunziationen bestimm-

ter intriganter Lebensschützer über katholische Krankenhäuser im Problemfeld der 'Pille danach'. Kardinal Meisner musste danach einen provisorischen hölzernen Steg zu vergrößerten Frauen bauen, der von der Bischofskonferenz nun in stabilerer Form weitergebaut wird. Das ist auch nötig; denn mit Selbstgerechtigkeit lassen sich Brücken eben nur sprengen, aber nicht bauen.

Sieben Brückentypen

Eine Brücke gestaltet einen Zwischenraum mit den drei Dimensionen von erfahrenem, begriffenem und gelebtem Raum, wie Henri Lefebvre, eine Gründungsfigur des spatial turn, das genannt hat. Sie muss der schlichten Realität der Räume folgen, zwischen denen sie verbindet. Sie muss für die Lasten berechnet sein, die sie tragen soll. Und sie sollte schließlich tatsächlich von Menschen benutzt werden. In diesem Sinn empfehlen sich manche Brückenbauten für den Katholikentag und verbieten sich andere. Ich möchte sieben Brückenmodelle vorstellen.

Steinerne Brücke, Regensburg

Man kann etwas bauen wie die Steinerne Brücke in Regensburg. Wer eine solche Brücke errichtet, setzt auf Dauer und bietet auf lange Zeit den Leuten aus der Umgebung und aus der Ferne einen Zugang für ihre ökonomischen und privaten Angelegenheiten an. Sie ist ein Angebot an viele, nicht einfach eine Einladung an wenige. Eine Steinerne Brücke verlangt nach einem urbanen Leben, das mit menschlicher Pluralität und kultureller Verschiedenheit umgehen kann.

Golden-Gate-Bridge, San Francisco

Es lässt sich auch eine Golden-Gate-Bridge errichten, die Umwege abkürzt und Hindernisse aus dem Weg räumt. Eine solche Hängebrücke ist oft das erste, was Migranten von einer neuen Heimat sehen. Sie wäre ein Aushängeschild der Kirche, das deshalb aber auch stimmig sein muss für die Lebensstile der so unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus.

Pont-du-Gard, Département Gard

Auch an einen Pont-du-Gard lässt sich denken; er bringt von außen überlebensnotwendige Ressourcen in die Kirche. Wer diese Brücke baut, anerkennt, dass die Kirche eben nicht al-

Katholikentag Leitwort

les, was sie zu ihrer Existenz benötigt, aus sich selbst heraus zur Verfügung hat. Was hier fließt, benötigt immer ein Gefälle von außen nach innen. Und es lässt sich ohne Schaden für das Innen der Kirche nicht aufhalten.

Zugbrücke

Die Alternative dazu ist die Zugbrücke. Bei dieser Brücke hat das Innere der Kirche alles unter Kontrolle, was von außen kommt. Alle und alles, was befremdet, sprachlos macht, problematisch erscheint, lässt sich draußen halten, indem einfach die Brücke hochgezogen wird. Eine Zugbrücke suggeriert Macht; sie war der bevorzugte Brückenbau der neuzeitlichen Kirche. Die Piuspäpste haben sie besonders geschätzt, aber Johannes XXIII. hat sie permanent unten gelassen und ihre Ketten nicht mehr geölt. Johannes Paul II. hat dann ihren Mechanismus blockiert. Mal sehen, ob Papst Franziskus ihn endgültig ausbaut.

Donnersbergerbrücke, München

Ganz anders ist eine Donnersbergerbrücke, also die Spannbetonbrücke über die Gleise beim Münchener Hauptbahnhof. Auf dem Mittleren Ring gibt es Tag und Nacht viel Verkehr, da geht nichts mit hochziehen. Diese Brücke ist für Menschen wichtig, die sich alltäglich mit der Kirche befassen und ständig Güter hin und her transportieren. Sie wäre das Richtige für das Verhältnis der Kirche zu den Frauen; denn Frauen bevölkern die Kirche und erledigen ihre Alltagsgeschäfte. Sie müssen tragfähigen Raum bekommen für das, was sie mit und in Kirche tun. Hier sollte man wie bei der Donnersbergerbrücke den notorischen Sanierungsbedarf einkalkulieren.

Europabrücke, Brenner

Auch eine Europabrücke wie jene am Brenner kommt in Frage, eine der elegantesten Brücken in den Alpen. Sie ist eine Mautbrücke und Maut ist ja nun nichts, was der Kirche fremd wäre. Wer die Kirchensteuer erhalten will, sollte eine Brücke vorhalten, von der die meisten sagen, dass sie davon einen großen Vorteil bei den Querungen über die Pässe ihres Lebens haben. Deshalb stellt sich hier das Problem mit der Mautkonzession; die Mittel müssen vorrangig für die Verkehrsteilnehmer verwendet werden. Da darf man keine Fehler machen.

Wildbrücke

Mein letzter Vorschlag ist eine Wildbrücke, auch Grünbrücke genannt. Sie wird für Wildtiere gebaut, deren Lebensraum von Autobahnen entscheidend eingeschränkt werden. Über sie findet heimlich und vorsichtig Wildwechsel statt. Auf einer Wildbrücke darf man keine Jagd zulassen. Hier ist Achtung nötig für das Sicherheitsgefühl derer, die gesellschaftlich und kirchlich gefährdet sind und sich verstecken. Diese Brücke ist für Menschen, die heimlich in die Kirche hineinkommen und dann auch wieder unbeobachtet aus ihr herauswechseln. Solche Menschen gelten als wild, weil sie nicht in die Ordnungen der kirchlichen Normalität passen – wegen schräger Lebensentwürfe und Partnerschaften, die in der Kirche abgelehnt werden, weil sie nach einer gescheiterten Ehe wieder geheiratet haben, da sie einem Missbrauch in der Kirche zum Opfer fielen, aber nach wie vor viel von Jesus, den Sakramenten und Gott halten. Hier sind verschwiegene Angebote nötig, die Vertrauen schaffen und dann auch halten, was sie versprechen, obwohl scheinbar nur Autobahnen der Normalität das Feld beherrschen.

Brücken zu anderen und anderem

Das sind nur sieben von vielen weiteren möglichen Varianten. Bis auf die Zugbrücke halte ich alle genannten Brückenarten für fähig, mit Christus errichtet zu werden. Christus konfrontiert Christen, umkehren zu müssen, um zum Evangelium zu kommen. Sein Evangelium gehört allen Menschen, es ist ein Erbe der Menschheit. Die Kirche besitzt es nicht, sie ist nur die Treuhänderin. Sie muss es allen anbieten und alle zulassen, die es sich holen kommen. Deshalb benötigt die Kirche Brücken zu anderen und zu anderem, als sie selbst ist. Wer Brücken baut, gibt unweigerlich Kontrolle auf, aber erhält dafür Lebenswege für Freude und Hoffnung, aber auch Trauer und Angst, die so gut sind, dass sie nicht zu benutzen denen nicht in den Sinn kommt, denen sie offen stehen. Man kann natürlich auch in Regensburg über die Donau schwimmen oder sich ein Floß bauen. Aber wer würde das tun, wenn gute Brücken angeboten werden?

| Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Sander |
Professor für Dogmatik an der Universität Salzburg

Zwischen Rückzug und Öffnung

Die Kirche in Frankreich auf der Suche nach ihrer Identität

Wo steht die französische Kirche zwanzig Jahre nach der Veröffentlichung von "Proposer la foi", dem wegweisenden Hirtenwort der französischen Bischöfe? Jérôme Vignon, Präsident der Semaines sociales de France und Partner des ZdK bei IXE, der Initiative von Christen für Europa, versucht eine Antwort.

Seit fast 20 Jahren ist die katholische Kirche in Frankreich bestrebt, sich nicht als Zentrum des katholischen Glaubens zu verstehen, sie sieht sich vielmehr im Dienst am Glauben und der französischen Gesellschaft. Der Brief der Bischofskonferenz an die französischen Katholiken von 1994 symbolisierte dieses neue Verständnis. Der Episkopat konstatierte damals eine voranschreitende Dechristianisierung, die mit einer Abnahme traditioneller Bindungen einhergeht, in Pfarrgemeinden oder Schulen. Gleichzeitig nahm man jedoch auch eine latente Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft für die befreiende Botschaft des christlichen Glaubens wahr. Die französischen Katholiken erkannten ihren Minderheitenstatus an – ein Status, der bislang allein den Protestanten zu eigen war – und setzen dennoch auf die Offenheit ihrer Landsleute für die spirituelle und transzendente Dimension der menschlichen Existenz. Diese Neupositionierung sollte der französischen Kirche neue Wege der Evangelisierung eröffnen, basierend auf dem Zeugnis einer authentischen und diakonischen Kirche.

Richtungsstreit

Heute ist diese Einheit zwischen Diagnose und daraus folgender Strategie hinsichtlich der Evangelisierung zerbrochen. Während sich die Anzahl der praktizierenden Gläubigen weiter in raschem Tempo verringert, zeichnen sich innerhalb der Bischofskonferenz sowie unter den Gläubigen deutlich zwei unterschiedliche Auffassungen ab: Für die "post-konziliare" Gruppe gewinnt in Folge des zeitgenössischen Individualismus und der Frustrationen ob einer unkontrollierbaren Globalisierung die Verkündigung

eines identitätsstiftenden Glaubens an Bedeutung, der vor allem auf Glaubensüberzeugungen, Dogmen und liturgischen Formen beruht. Diese Art "fordernder" Glaubensverkündigung kann Menschen, die nach Orientierung suchen, neue Orientierung geben.

Die zweite Gruppe zeichnet sich eher durch das Bewusstsein aus, dass wir in einer "post-christlichen" Gesellschaft leben. Sie fühlt sich den Aussagen des 2. Vatikanischen Konzils sehr verbunden. In den Augen dieser Gruppe, geht es nicht darum, die Gesellschaft wieder "christlich zu machen", sondern sie als erwachsen, wenn auch zwispältig, anzusehen. Eine Gesellschaft, die neue Strömungen hervorbringt, die dem Christentum etwas zu sagen haben: so z. B. zur Gleichstellung von Mann und Frau, hinsichtlich der gleichen Würde aller Menschen und die Sorge für die daraus folgende Nichtdiskriminierung, zum Pluralismus in der Suche nach Wahrheit.

Vor allem die Vorbereitungsphase der Weltbischofssynode zur Neuevangelisierung im vergangenen Oktober hat die Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen verschärft. Die Synode selbst und die dort gezogenen Schlussfolgerungen hingegen haben zu einer gegenseitigen Anerkennung der Position der jeweiligen anderen Gruppe beigetragen.

Dialog in der Kirche

Die Zukunft der französischen Kirche hängt auch vom Gelingen des Dialogs zwischen diesen beiden Gruppen und ihren Auffassungen ab. Es ist Zeit für diesen Dialog, der seinen Platz normalerweise in den zahlreichen Diözesansynoden finden müsste, die sich angesichts rückläufiger Priester- und Ordensmitgliederzahlen der Neuorganisation der Pfarrgemeindestrukturen widmen. Zwei Fragen werden vor allem Gegenstand dieser Synoden sein: zum einen die Organisation des Gemeindelebens, das entweder immer weiter zentriert rund um die wenigen zur Verfügung stehenden Priester stattfinden wird oder in der Fläche verstreut in kleinen lokalen Zentren, wo Gläubige Gemeinschaft leben. Zum anderen die gewichtige Frage der Stellung der Frauen im Gemeindeleben, die dazu anhält, das Verhältnis von Mann und Frau neu zu bedenken. Letztere Frage war auch Thema der Jahrestagung der Semaines sociales de France im November 2012. Es ist auffallend, dass in Frankreich die Frage des Zugangs von

Frauen zu Weiheämtern nicht aktuell diskutiert wird. Desgleichen gibt es auch keine wirkliche Konfrontation zum Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen, wenngleich dies ein schmerzhaftes Thema ist. Gegenstand der Diskussionen in Frankreich ist eher die Infragestellung einer Kultur männlicher Autorität/Dominanz mit Blick auf Entscheidungsfindungsprozesse in der Pastoral.

Dialog mit der Gesellschaft

Mit etwas Abstand betrachtet, liegt vielleicht jedoch – neben diesen Diözesansynoden – die große Herausforderung für die französische Kirche in der Debatte um ein Gesetz zur Öffnung der Zivilehe und der Adoption für gleichgeschlechtliche Paare, da diese Diskussion den Dialog und die Entwicklung innerhalb der katholischen Kirche beschleunigt hat.

Der "post-konziliare" Flügel – sehr aktiv durch seine Mitglieder der "Pro life"-Bewegung – hätte sich in der Diskussion der Gefahren einer traditionellen und unnachgiebigen Position bewusst sein müssen, die das Risiko birgt, unsensibel gegenüber Diskriminierungen, unter denen Homosexuelle leiden, zu erscheinen. Eine Diskriminierung, die auch der katholischen Tradition nicht fremd ist. Der "Post-chréienté"-Flügel, dem sich auch die *Semaines sociales de France* zurechnen, legte vor allem Wert darauf, die Bedingungen des Dialogs, den er mit der Gesellschaft sucht, zu präzisieren. Dieser Dialog kann nicht nur in einer gefälligen Zustimmung zu einem Hyper-Individualismus bestehen, der vorrangig der Befriedigung persönlicher Wünsche dient, in diesem Fall dem persönlichen Wunsch nach einem Kind. Dieser Dialog muss auch versuchen deutlich zu machen, dass die Ausweitung von individuellen Rechten und Freiheiten einhergehen muss mit einer größeren Verantwortungsübernahme, hier in Bezug auf die Kinder. Bischof Albert Rouet – von Katholiken unterschiedlicher *Couleur* sehr geschätzt, wenngleich er in der Bischofskonferenz marginalisiert ist – hat dieses Anliegen in sehr guter Weise auf den Punkt gebracht: "Wir müssen uns widersetzen, ohne zu verurteilen."

Die Mehrheit in der französischen Bischofskonferenz hat sich an der Debatte über den Gesetzesentwurf mit anthropologischen Argumenten beteiligt, abgeleitet von einer gemeinsamen "raison humaine", und nicht von religiö-

sen und moralischen Verboten. Mit diesem Ansatz hat der Episkopat, wenngleich nicht ohne Schwierigkeiten, den Weg zu einer neuen Beziehung zwischen Kirche und Gesellschaft geebnet. Dies unterscheidet die Kirche in Frankreich von der Situation in Spanien (Konfrontation zwischen Kirche und Staat) und der Situation in Belgien (eine fast völlige Absenz der Kirche in dieser sensiblen Frage, da eine Intervention von vielen, auch von Katholiken, als Versuch der Kirche wahrgenommen worden wäre, erneut eine politische Rolle einzunehmen).

Option für die Schwachen

Niemand weiß, was das Ergebnis der laufenden Diskussion über die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare sein wird. Es bedürfte eines eigenen Artikels, um die Singularität der französischen Debatte in dieser Frage vor dem Hintergrund des Gesetzes der "laïcité", das der Zivilehe den Vorrang über die kirchliche Ehe einräumt, eingehender zu erläutern. Ich glaube jedoch, dass die Katholiken und im größeren Kontext die verschiedenen Kirchen und Glaubensgemeinschaften zwar eine politische Schlacht verlieren, jedoch im Bewusstsein der Gesellschaft eine symbolische Schlacht gewinnen könnten. Indem die Kirche ihren Respekt für die Schwächsten zeigt, die Türe nicht zuschlägt, sich der Würde Homosexueller nicht verschließt – wie es der Rat für Familie und Gesellschaft der Bischofskonferenz im Oktober 2012 getan hat –, könnte sie sich der Bedeutung einer sozialetischen Vision, die über religiöse Zugehörigkeiten hinausweist, neu bewusst werden. Eine solche Vision wird in Wirklichkeit erwartet und erhofft. Eine solche Vision betont vor allem das Treueversprechen in der Ehe sowie die Berücksichtigung des vorrangigen Interesses des Kindes und der Schwächsten in der Gesellschaft ganz allgemein. Denn diese beiden Dimensionen stehen in sehr enger Beziehung zu den kollektiven Werten der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts, die in der französischen Gesellschaft definitiv eine zentrale Stellung einnehmen.

| Jérôme Vignon

Präsident der *Semaines sociales de France*

Übersetzung : Sigrid Schraml / ZdK

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen KatholikenZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Magdeburg und Paderborn – Eine besondere Ost-West-Beziehung

Die Teilung Deutschlands nach 1945 betraf auch das Erzbistum Paderborn. Teils verborgene Begegnungen ließen die Beziehungen zwischen dem Westteil des Erzbistums Paderborn und dem damaligen Bischöflichen Amt Magdeburg jedoch nie abbrechen. Nach dem Mauerfall nahmen wir als Diözesantag Paderborn mit dem am 1. Dezember 1989 geschriebenen Brief an die "Katholischen Laien" im Bischöflichen Amt Magdeburg Verbindung auf. Die Initialzündung! Anfang 1990 folgten das erste Treffen in Magdeburg, die Gründung des Katholikenrates Magdeburg mit Paderborner Gästen und der erste Besuch von Magdeburgern bei der Paderborner Vollversammlung.

Der Grundstein für die besondere Beziehung der beiden Diözesanräte und viele Begegnungen war gelegt, was am 9. Oktober 1994 anlässlich der Feier zur Neugründung des Bistums Magdeburg auf dem Magdeburger Domplatz in die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung mündete. Der Diözesantag im Erzbistum Paderborn und der Katholikenrat im Bistum Magdeburg vereinbarten darin "auch für die Zukunft eine enge Zusammenarbeit", sich künftig gegenseitig zu informieren, gemeinsam an aktuellen Themen zu arbeiten und Initiativen abzustimmen. Seitdem treffen sich unsere beiden Vorstände jährlich.

Zukunftsfähige Partnerschaften

Zeitgleich entstanden in der Nachwendezeit zahlreiche Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden und Verbandsgrup-

pen beider Bistümer. So lag es für uns nahe, anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit auch dieses Teils gemeinsam erlebter Geschichte zu gedenken. Neben der Rückschau wollten wir bei einem Treffen auch die Zukunft im Blick haben. Fragestellungen, wie der demografische Wandel, die Strukturveränderungen in den Bistümern und die im Dialogprozess unserer Kirche angesprochenen Themen, gelten für Ost und West, für Magdeburg und Paderborn gleichermaßen. Und so war es auf einmal gar nicht mehr so wichtig, einen historischen Jahrestag zu feiern, sondern vielmehr die guten Erfahrungen aus den Partnerschaften zukunftsfähig zu machen.

Wir planten gemeinsam mit dem Bonifatiuswerk ein Treffen aller Partnergruppen. Die Hälfte der ehemals 25 Partnerschaften besteht noch. Sieben Partnerschaftsgruppen konnten wir schließlich am 23./24. März 2012 in Magdeburg begrüßen.

Alle Anwesenden berichteten über den intensiven Austausch in den vergangenen 20 Jahren. Zum Kraftquell solcher Partnerschaften gehörte neben den persönlichen Begegnungen aber auch eine spirituelle Dimension, durch die die entstandenen Beziehungen lebendig blieben. Die in allen deutschen Bistümern stattfindenden Strukturveränderungen seien den Partnerschaften nicht abträglich, vielmehr könne man voneinander lernen, wie Kirche in den immer größer werdenden pastoralen Räumen möglich ist, und von den Erfahrungen des anderen profitieren. Gerade bei den aktuellen pastoralen Herausforderungen in den beiden Diözesen empfanden die Gruppen ihre Partnerschaft als äußerst bereichernd. Ein Teilnehmer sprach aus, was sicher allen am Herzen lag, nämlich solch ein Treffen zu wiederholen und damit keinesfalls wieder zwanzig Jahre zu warten.

Wir freuen uns über diese einzigartige Ost-West-Beziehung!

| **Dagobert Glanz** |

Vorsitzender des Katholikenrates
Magdeburg, Mitglied des ZdK

| **Hans-Georg Hunstig** |

Paderborn, Mitglied des Diözesankomitees
im Erzbistum Paderborn und des ZdK

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 BonnTel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.deHerausgeber
Dr. Stefan Vesper GeneralsekretärRedaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch
auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner